

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausländerbeirats
am Mittwoch, **12.11.2008**, 18:06 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Herr Dr. Hüseyin Avlar (ab 19:40 Uhr), Herr Julius Charley (bis 18:30 Uhr), Herr Yildirim Eroglu, Herr Spyridon-Paul Marinos, Frau Ximena Cecilia Meza Correa-Flock, Herr Chigozie Ernest Onu, Herr Pararajasingam Parameswaran (bis 20:20 Uhr), Herr Deler Saber, Herr Dr. Ömer Lütfü Yavuz, Herr Ahmet Yesilyaprak (ab 18:10 Uhr)

für die Schriftführung

Frau Kerstin Espenkotte

Es fehlten:

Herr Hidir Ates, Frau Miriam Mercedes Becker-Merino, Herr Jasar Jasarov, Frau Ayfer Kacar, Herr Antonio Machado da Silva, Herr Osman Öztürk, Herr Dr. Georgios Tsakalidis, Frau Malgorzata Wojcik, Frau Türkian Yüsbasi

nichtöffentlicher Sitzungsteil Es fand keine nichtöffentliche Sitzung statt.

Tagesordnung:

V/0964/2008
V

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Anhörungen
3. Entscheidungen
 - 3.1. Zuschüsse des Ausländerbeirates zu Veranstaltungen und Projekten
4. Berichte
 - 4.1. Bericht über das Projekt "Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (MOBIM)"
5. Berichte aus den Ausschüssen
6. Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder des Ausländerbeirates
7. Verschiedenes

Herr Marinos begrüßte die anwesenden Mitglieder, Herr Spieker und Herrn Sturm von der Villa ten Hompel und die anwesenden Vertreter der Verwaltung.

Er entschuldigte Herrn Machado da Silva, Frau Wojcik, Herrn Dr. Tsakalidis und Herrn Charley, der die Sitzung heute vorzeitig verlassen müsse.

Er schlug vor, den Tagesordnungspunkt 4.1 Bericht über das Projekt "Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (MOBIM)" vorzuziehen. Die Mitglieder beschlossen einstimmig, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen.

Anmerkung:

Die Tagesordnungspunkte wurden in folgender Reihenfolge behandelt: 4.1, 1., 2., 3., 5., 6., 7. In dieser Niederschrift wird die ursprüngliche Reihenfolge beibehalten.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Köhnke teilte folgende Punkte mit:

- o Umzug der Geschäftsstelle
Durch den Umzug der Geschäftsstelle am 17.11.2008 in die 10. Etage des Stadthauses 2 kann die Erreichbarkeit an diesem Tag eingeschränkt sein.
- o Vorlage Stadtteilkultur
Die Vorlage wird aus terminlichen Gründen in der nächsten Sitzung des ALBR vorgestellt.

- o SROI-Projekt
Die ausführliche Dokumentation zu diesem Projekt ist fertig und wird an die Mitglieder versandt.
- o Projekt „Interkultureller Dialog über Grenzen hinweg“
Die Einladungen für die Bi-Nationale Dialogveranstaltung am 21.11.2008 im Rathausfestsaal wurden an die Mitglieder versandt.
- o "Integration braucht Vorbilder" - Dritter Landesintegrationskongress in Solingen am 26. November 2008
Am 26. November 2008 veranstaltet das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem Landesintegrationsbeirat und der Stadt Solingen den dritten Landesintegrationskongress in Solingen. Die Veranstaltung steht im Zeichen gelungener Integration. Vorbildliche Projekte aus ganz Nordrhein-Westfalen werden sich als Vielfalt des Engagements vor Ort präsentieren. Insgesamt wirken fast 100 Kommunen Nordrhein-Westfalens an der Gestaltung des Kongresses mit. Die Stadt Münster wird mit Herrn Marinos und der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten ebenfalls vertreten sein.
Weitere Informationen unter: www.mgffi.nrw.de/integration.
Termin: 26. November 2008
Zeit: 10:00 Uhr - 16:00 Uhr
Ort: Theater und Konzerthaus der Stadt Solingen
- o Gründung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration
Am 15. Oktober 2008 gründeten acht deutsche Stiftungen gemeinsam den Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) gGmbH i.G
Dieses unabhängige wissenschaftliche Expertengremium wird von nun an in einem Jahresbericht und verschiedenen Gutachten Stellung zu integrations- und migrationspolitischen Themen beziehen. Ziel ist es, die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Entscheider/-innen in der Zivilgesellschaft mit wissenschaftlich fundierten und handlungsorientierten Empfehlungen zu begleiten.
Der Sachverständigenrat entwickelt und erstellt im ersten Jahr unter anderem das sogenannte Integrationsbarometer. Dieses Erhebungsinstrument soll ab Herbst 2009 jährlich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragen und so Aufschluss über ihre Einstellungen, Meinungen und Stimmungen im Hinblick auf die Themen Integration und Migration geben.
Weitere Informationen zum Sachverständigenrat und seiner Arbeit finden Sie unter www.svr-integration.de <<http://www.svr-integration.de/>> .
- o Pressemitteilung des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 06. November 2008
Landesstelle Unna-Massen als Gedenk- und Informationszentrum
Düsseldorf. "Die Landesstelle Unna-Massen steht für die Integrationsgeschichte vieler tausend Menschen. Dies im Bewusstsein zu halten ist ein wichtiges Ziel. Auf dem Gelände sollte ein Gedenk- und Informationszentrum errichtet werden. Die Geschichte über die Schicksale der Menschen, die in der Landesstelle Unna-Massen aufgenommen wurden, ist Teil der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen und sollte dokumentarisch festgehalten und sichtbar gemacht werden", betont der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und unterstützt damit die Forderungen des Kreisverbandes Unna des Bundes der Vertriebenen.

Die Landesstelle Unna-Massen war in Nordrhein-Westfalen für die Aufnahme und Betreuung von Spätaussiedlern, jüdischen Emigranten und anderen Zuwanderern mit einem Dauerbleiberecht in Deutschland zuständig. Da die Zahlen der Zuwanderer in den vergangenen Monaten stetig rückläufig waren, wurde die Landesstelle bereits am 1. Januar 2008 als "Kompetenzzentrum für Integration" in die Bezirksregierung Arnsberg eingegliedert.

Durchliefen beispielsweise in den Jahren 1998 bis 2001 jährlich über 25.000 Zuwanderer die Landesstelle, so waren in den Jahren 2006 und 2007 nur noch 2.000 bzw. 1.500 Zugänge zu verzeichnen. In diesem Jahr kamen bislang erst knapp über 700 Zuwanderer nach Unna-Massen. Ansatzpunkte für nennenswerte Steigerungen in der Zukunft liegen nicht vor.

Vor diesem Hintergrund und der unverhältnismäßig hohen Unterhaltskosten für die zentrale Aufnahme und Unterbringung der Zuwanderer in Unna-Massen hat die Landesregierung am 4. November 2008 entschieden, das bisherige Verfahren ab dem 1. Juli 2009 durch eine direkte Zuweisung in die Aufnahmekommunen zu ersetzen und den Standort Unna-Massen aufzugeben. Da sich das Gelände im Bundes- und Landesbesitz befindet, soll nun die Umorganisation geplant werden.

"Seit über 50 Jahren engagieren sich viele Menschen in der Landesstelle Unna-Massen und in Nordrhein-Westfalen für die Integration der dort aufgenommenen Zuwanderinnen und Zuwanderer. Diese Leistung darf nicht vergessen werden. Deshalb sollte die Idee zur Gründung einer Gedenkstätte bei der weiteren Planung berücksichtigt werden", so der Integrationsbeauftragte Thomas Kufen weiter.

- o Pressemitteilung der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration vom 04. November 2008

Böhmer begrüßt Deklaration der EU-Integrationsminister

"Es ist wichtig, dass auf europäischer Ebene gemeinsame Grundlagen und klare Ziele der Integration sowie Instrumente zur Evaluation von Integrationspolitik vorangebracht werden", erklärte Böhmer. "Deutschland wird im kommenden Jahr eine europäische Konferenz zu Integrationsindikatoren und der Praxis der Evaluation von Integrationspolitik ausrichten. Ich freue mich, dass die Minister dafür in der Deklaration ihre ausdrückliche Unterstützung zugesagt haben."

Deutschland habe mit dem Nationalen Integrationsplan ein europaweit einmaliges Konzept für Integration als Querschnittsaufgabe für Politik und Gesellschaft entwickelt. "Wir sind jetzt mitten in der Umsetzung und können feststellen, dass alle Akteure ihre Aufgaben engagiert und zielstrebig angegangen sind", sagte Böhmer mit Blick auf den Ersten Fortschrittsbericht, der am 6. November 2008 vorgelegt wird. "Der Nationale Integrationsplan hat und wird auch zukünftig viele Impulse von den Entwicklungen auf europäischer Ebene erhalten. Trotz unterschiedlicher Problemlagen können und sollten wir immer wieder durch Austausch von Best Practises voneinander lernen. Die Umsetzung der Integrationspolitik liegt in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten und bleibt dies auch nach der Verabschiedung der EU-Deklaration", betonte Böhmer.

Die Deklaration der EU-Integrationsminister nennt als wesentliche Punkte die Verankerung der gemeinsamen europäischen Werte als Grundlage der Integration, die Verbesserung des Arbeitsmarktzuganges und die Stärkung des Gedankens der Vielfalt in der Arbeitswelt, die Gleichstellung von Frauen, die Verbesserung der Bildung für Kinder und Jugendliche und die Verstärkung des interkulturellen Dialoges unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Migrantenorganisationen.

Es sollen u.a. Informationsmaterialien für Migranten über die gemeinsamen europäischen Werte entwickelt werden, die von Beginn an im Integrationsprozess genutzt werden können. Beim Arbeitsmarktzugang und bei der Verbesserung der Bildung hat das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes Priorität. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung der Eltern für den Bildungsprozess ihrer Kinder. Die Deklaration unterstreicht die wesentliche Rolle von Frauen im Integrationsprozess und nennt als vorrangige Ziele den Schutz von Migrantinnen vor spezifischen Formen von Gewalt, z.B. Zwangsverheiratungen, sowie die Stärkung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe.

Um die Zusammenarbeit innerhalb der EU und zwischen den Mitgliedsländern zu stärken, soll der Dialog über Best Practises gefördert werden. Integration muss in allen Mitgliedsstaaten Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder, heißt es weiter. Die Bedeutung der Evaluation von Integrationspolitik auf EU-Ebene wird betont.

- o Gemeinsame Erklärung der Migrantenselbstorganisationen zum Nationalen Integrationsplan - Zwischenbilanz vom 29. Oktober 2008
 Erklärung zum Nationalen Integrationsplan - Zwischenbilanz
 Die Migrantenselbstorganisationen haben eine Stellungnahme zum Nationalen Integrationsplan herausgegeben. Die Kernaussage dieser Stellungnahme ist, dass ausgehend von der Tatsache, dass wir in Deutschland in einer heterogenen Gesellschaft leben, sich die bisherige Integrationspolitik in Richtung einer Gleichstellungspolitik weiterentwickeln muss, die auf den folgenden Grundsätzen aufbaut: Sie muss das Dasein von Angehörigen ethnischer bzw. kultureller Minderheiten als Chance und Potential und nicht als Bedrohung verstehen. Sie muss transparent für alle Beteiligten des Prozesses sein und realitätsnahe Ziele und Anforderungen an die Beteiligten formulieren.
 Die ausführliche Stellungnahme kann bei Interesse in der Geschäftsstelle bezogen werden.
- o Pressemitteilung des Caritas-Präsidenten vom 05. November 2008
 Integration braucht Begegnung und Dialog
 "Wir müssen ein Gefühl von Zusammengehörigkeit in einem vielfältigen Land wie Deutschland entwickeln", schlägt Caritas-Präsident Peter Neher mit Blick auf den morgen stattfindenden Integrationsgipfel vor. Die Caritas setze sich für ein Miteinander aller in Deutschland lebenden Menschen ein.
 "Der Deutsche Caritasverband bejaht die kulturelle, ethnische, soziale, religiöse und politische Vielfalt in diesem Land", macht Neher deutlich. Von Anfang an sei das Engagement für Menschen mit Migrationshintergrund ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Caritas gewesen.
 Vielfalt zu achten, sei eine unerlässliche Voraussetzung für gelingende Integration. Zukünftig müsse es noch besser gelingen, das Trennende in der Bevölkerung zwischen Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen. Dies erfordere von allen Beteiligten Achtung und Respekt und die Bereitschaft, sich aktiv und konstruktiv über Werte, Kultur, Ethik und Religion auseinanderzusetzen. Auch der Deutsche Caritasverband wird sich engagiert daran beteiligen. Die aktuellen Positionen des Verbandes zur Migrations- und Integrationspolitik sind jüngst verabschiedet worden und liegen in einer erläuterten Version seit dieser Woche vor.
 Kritisch mahnt Neher an, das erstmals in diesem Jahr zur Geltung kommende Optionsmodell zu prüfen. Eine Person, welche die deutsche Staatsangehörigkeit über das Prinzip des Geburtsortes erhalten hat, muss sich bis zum 18. bzw. spätestens mit Vollendung des 23. Lebensjahres entscheiden, ob sie die deutsche oder die andere Staatsangehörigkeit behalten möchte. Dies führe dazu, dass sich Betroffene mit ihrer Migrationsgeschichte oft nicht hinreichend wahrgenommen erleben und sich im Vergleich zu anderen Deutschen mit doppelter Staatsangehörigkeit als Deutsche 2. Klasse fühlten. "Wir schlagen eine Überprüfung des Optionsmodells vor", so Neher.

Herr Marinos gab den Mitgliedern folgende Informationen:

- o An der Veranstaltung des Planungsamtes zum Thema Demographie hat er auf Einladung von Frau Kreft-Kettermann teilgenommen und brachte die Anregungen des Ausländerbeirates mit ein. Sie sollen im Protokoll nachzulesen sein.
- o Am 11.11. hat er an der Veranstaltung „Weichen stellen im Münsterland“ der Aktion Münsterland teilgenommen.

- o Am 19.11. findet wieder ein Treffen zum Projekt „Soziale Stadt“ statt.
- o In der Volkshochschule findet am 14.11. eine Veranstaltung zum Thema zukunftsfähiges Münster statt.
- o Zum Tag der Menschenrechte am 12.12.2008 wird der Ausländerbeirat mit verschiedenen Gruppen u. a. Amnesty International, Unicef und der Volkshochschule eine Veranstaltung im Landschaftsverband durchführen.
- o Im März 2009 wird eine größere Veranstaltung mit dem Lama Ringu Tulku Rinpoche geplant.
- o Am 13.11.2008 wird um 18:30 Uhr in Mecklenbeck eine Ausstellung mit ausländischen und deutschen Künstlern eröffnet.
- o Mit der Spendenaktion des Ausländerbeirates für ein krankes iranisches Kind sind bisher 69.000 Euro eingenommen worden.
- o Im Januar 2009 wird eine bekannte Illustratorin von Kinderbüchern eine Ausstellung in den Räumen des Ausländerbeirates und in der Stadthalle Hilstrup veranstalten. Geplant ist auch, Lesungen anzubieten.
- o Eine interessante Veranstaltung hat am 09.11.2009 in der Synagoge Münster stattgefunden, bei der der Regierungspräsident die Beteiligung der Verwaltung an der Judenverfolgung unter den Nationalsozialisten offen angesprochen hat. Auch heute gebe es in Münster institutionelle Diskriminierung.
- o Er ist zu Planung und Organisation der Interkulturellen Wochen 2009 ehrenhalber eingeladen worden.
- o Im Jahr 2009 soll in Münster zum ersten Mal in Zusammenarbeit von mehreren Instituten ein Interkulturelles Symposium mit dem Thema „Wahrnehmung des Anderen“ stattfinden.
- o Es ist in Zusammenarbeit mit den städt. Bühnen am 06.05.2009 eine große Veranstaltung geplant. Dabei werden türkische und griechische Musiker ein Konzert unter dem Motto „Musiker auf Reisen – Orte der Sehnsucht“ geben.

Punkt 2 der Tagesordnung

Anhörungen

Es lagen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Punkt 3 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0964/2008

Zuschüsse des Ausländerbeirates zu Veranstaltungen und Projekten

Die Vorlage wurde zurückgezogen. Wortmeldungen lagen nicht vor.

Punkt 4 der Tagesordnung

Berichte

Punkt 4.1 der Tagesordnung**Bericht über das Projekt "Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (MOBIM)"**

Herr Spieker berichtete über das Projekt mobim Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie. Das Projekt wird mit Mitteln der Bundes- und Landesregierung unterstützt. Die Laufzeit beträgt zwei Jahre. Das Projekt ist präventiv und soll konkrete Maßnahmen beinhalten.

Er berichtete über die bisherigen Aktivitäten der Villa ten Hompel zu diesem Thema. So wurde bereits im Rahmen des Programms „Vielfalt tut gut“, mit welchem insgesamt zehn Projekte in Münster über das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gefördert werden, das Projekt „Bauwagen gegen Rechts“ entwickelt. Dieser bietet Informationsmöglichkeiten für Jugendliche auf Schulhöfen und in Jugendzentren. Auch werden Programme in Zusammenarbeit mit der Polizei angeboten, dabei werden z. B. Thementage in Schulklassen durchgeführt.

Das nun begonnene Projekt ist aus dem Programm „Kompetent für Demokratie“. In Nordrhein-Westfalen gibt es insgesamt fünf Regionalstellen, die dieses Projekt durchführen. Für den Bereich des Regierungsbezirkes Münster führt die Villa ten Hompel dieses Projekt durch.

Das Projekt wurde im Kulturausschuss am 01.10. vorgestellt, als dieser in der Villa ten Hompel tagte. Herr Spieker verteilte Flyer an alle Mitglieder zu dem Projekt.

Im Anschluss stellte sich Herr Sturm, einer der beiden Mitarbeiter des Projektes, den Mitgliedern des Beirates vor. Er habe bereits in der Vergangenheit mit der Villa ten Hompel und der Polizei in Münster zum Thema Rechtsextremismus zusammengearbeitet. Weitere Erfahrungen mit diesem Thema habe er in Bayern, Göttingen sowie der Universität Leipzig gesammelt. So verfüge er über vielfältige Erfahrungen über den Umgang mit der rechten Szene und habe aktiv in der Bildungsarbeit mit Lehrern, Jugendlichen und Polizei gearbeitet.

In Münster sei die Situation davon geprägt, dass das Thema Rechtsextremismus in der öffentlichen Wahrnehmung nur eine kleine Rolle spiele. Sicherlich sei der Regierungsbezirk Münster nicht als Schwerpunktregion anzusehen, dennoch gebe es eine zwar kleine, jedoch sehr ausgeprägte und lebendige rechte Szene. Hierfür benannte er einige Beispiele aus der Region.

Mit dem Projekt mobim sollen nun neue Wege gegangen werden. So soll ein Register aufgebaut werden, mit dem rechtsextreme Vorfälle strukturiert und systematisch dokumentiert werden sollen. Es soll ein Beratungsangebot für alle Personengruppen, die mit rechtsextremistischen Gruppierungen in Berührung kommen aufgebaut werden. So sollen der Ausländerbeirat, Schülergruppen, Schulen allgemein, Behörden und betroffene Einzelpersonen angesprochen werden.

Die Beratung solle nicht von oben herab erfolgen, sondern in einem interaktiven Prozess sollen Lösungen für jeden Einzelfall gefunden werden, die langfristige und nachhaltige Wirkungen bieten. Daraus soll sich ein Netzwerk unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Gruppen bilden. Daher wünsche er sich auch einen engen Kontakt und eine gute Kooperation mit dem Ausländerbeirat, der viele wichtige Erfahrungen und Erlebnisse einbringen könne. Dieses Wissen solle gebündelt und allen zugänglich gemacht werden.

Herr Dr. Yavuz bedankte sich für den Vortrag und verwies auf die Breite des Themas. Rechtsextremismus habe viele Erscheinungsbilder und es gebe ihn nicht nur in Deutschland. Er lobe das Projekt, jedoch sei noch andere Arbeit notwendig. Parolen wie „Ausländer raus“ seien nur

die Spitze des Eisberges. So gebe es immer noch Politiker, die ausländerfeindliche Themen in ihrem Wahlkampf missbrauchten und damit Jugendliche mit rechten Ansichten noch ermutigten.

Frau Flock bemerkte zu den verteilten Flyern, dass die Texte sehr gut verfasst seien, aber für Mitglieder ausländischer Vereine schwer zu verstehen seien, da es sich um eine sehr gehobene Sprache handele. Es wäre wünschenswert, wenn bei weiteren Veröffentlichungen auf kurze und einfache Formulierungen geachtet werde.

Hierzu antwortete Herr Sturm, dass es bereits vorgesehen sei, die Flyer in verschiedene Sprachen zu übersetzen. Er ging auch auf die Ausführungen von Herrn Dr. Yavuz ein. So gehe es bei dem Projekt nicht nur um den organisierten Rechtsextremismus. In Umfragen zeige es sich immer wieder, dass ausgrenzendes rassistisches Denken noch immer weit verbreitet sei. Hier sehe er einen Ansatz für die Präventionsarbeit an Schulen und mit Jugendgruppen. Es müsse ein demokratisches Bewusstsein bei den Jugendlichen gefördert werden.

Herr Marinos nahm ebenfalls zu dem Projekt Stellung. Er stellte die Aktivitäten des Ausländerbeirates zum Thema Rechtsextremismus dar. In der Vergangenheit habe sich der Ausländerbeirat zusammen mit dem Rat und dem DGB aktiv gegen die Aufmärsche von Rechtsradikalen in Münster gestellt. Die Verwendung von Bildern von Widerstandskämpfern auf Litfaßsäulen und Bussen, die ebenfalls vom Ausländerbeirat initiiert wurde, habe überregionalen Zuspruch erhalten und wurde von mehreren Städten kopiert. Die Einbeziehung von Menschen mit Migrationsvorgeschichte bei der Entwicklung des Migrationsleitbildes zeige, dass sich das Bewusstsein in der Verwaltung und Politik langsam wandle. Aber es gebe auch in Münster Rechtsextreme, die Menschen aus der Fremde generell ablehnen. Er wünsche sich insbesondere die Einstellung von Migranten bei Firmen, Universität und Behörden, um ein gutes Signal zu setzen.

Herr Onu bemerkte, dass eine rechtsextremistische Gesinnung eine Volkskrankheit sei. Um diese Krankheit zu heilen, müssten die Gründe für diese gefunden werden. Dem Rechtsextremismus diene es, wenn die Verantwortlichen diesem mit Gleichgültigkeit gegenüber stünden oder sogar die rechte Polemik für ihren Wahlkampf nützten. Darüber hinaus sehe er noch eine Gruppe, die angesprochen werden müsse und zwar die Firmen. Aus seinen persönlichen Erfahrungen wisse er, dass zudem auch die Justiz eine wichtige Rolle spiele. So werden oft Bewährungsstrafen gegen Täter aus der rechten Szene verhängt, was dazu führe, dass Opfer und Zeugen ihre Aussagen in Angst machen müssten.

Herr Yesilyaprak sprach an, dass Neonazis und Faschisten nicht nur ein Problem für Migranten seien. Faschisten seien Feinde der Demokratie, die generell gegen Minderheiten agieren. Er erkundigte sich danach, ob es eine Zusammenarbeit mit den Antifa-Gruppen in Münster gebe oder ob diese geplant sei.

Herr Spieker antwortete auf diese Stellungnahmen und Fragen. Er bedankte sich für den Hinweis, dass auch Firmen angesprochen werden müssten. Dieses sei im Bauwagenprojekt schon vorgesehen so sollen Fortbildungen für Firmen angeboten werden.

Er bat die Mitglieder um Hilfe bei der Festlegung der Sprachen, in die die Broschüren übersetzt werden sollen.

Herr Sturm ging ebenfalls auf die Beteiligung von Firmen ein. Er stimmte zu, dass diese ebenfalls in die Aufgaben des Projektes gehören. Zur Position der Polizei und Justiz zu rechtsextremer Gewalt gebe es sowohl in den alten als auch insbesondere in den neuen Bundesländern viele Initiativen, die eine strengere, härtere und konsequentere Verurteilung politisch motivierter Straftaten zum Ziel haben. Hierfür sei es aber eben erforderlich, die Vernetzung voran zu treiben, Erfahrungswissen auszutauschen und gemeinsam das Bewusstsein zu schärfen, um zu einer Weiterentwicklung zu gelangen.

Zu den von Herr Yesilyaprak angesprochenen Thema bestätigte er, dass aus seiner Erfahrung Neonazis sowohl gegen Migranten gerichtet sind, aber auch Gewalt gegen andere Minderheiten wie Obdachlose, Behinderte oder Homosexuelle ausübten.

Herr Marinos schlug vor, die Broschüren in die elf Sprachen, die der Ausländerbeirat bei seinem Komm-In Projekt angegeben hat zu übersetzen. Hierzu wies Herr Spieker auf die begrenzten Projektmittel hin und sagte Prüfung zu.

Herr Marinos dankte Herrn Spieker und Herrn Sturm.

Punkt 5 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder des Ausländerbeirates

Herr Onu erkundigte sich nach den Möglichkeiten zu Umsetzung einer einheitlichen kommunalen Praxis im Rahmen der Familienzusammenführung nach dem Schengener Abkommen.

Herr Köhnke erläuterte hierzu, dass es bei den Vorschriften in der Regel Ermessensspielräume gebe, die von den Kommunen unterschiedlich genutzt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Saber regte an, dass der Ausländerbeirat sich zu den Vorgängen mit Herrn Kalisch äußere. Über diese Anfrage wurde von den Mitgliedern diskutiert. Aufgrund des theologischen Konfliktes wurde eine offizielle Stellungnahme von den Mitgliedern mehrheitlich abgelehnt.

Herr Yesilyaprak erkundigte sich nach dem Stand der Vorbereitung der zusätzlich geplanten Podiumsdiskussion und wiederholte seine Kritik an der Veranstaltung im Oktober. Hierzu berichtete Herr Marinos, dass die Veranstaltung in der Vorbereitung sei und er über die Gestaltung im Beirat berichten werde. Er bat die Mitglieder allerdings wiederum um aktive Mitwirkung.

Herr Marinos bedankte sich bei den Anwesenden und beendete die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:09 Uhr

Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

Kerstin Espenkotte
Schriftführung